



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Leipzig Charta 2.0 – Auf dem Weg zu einer europäischen Stadtpolitik

Fortschreibung steht an

Im Jahr 2007 haben die für Stadtentwicklung zuständigen Minister aller EU-Mitgliedstaaten die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ verabschiedet. Die Charta ist in ihren wesentlichen Punkten bis heute gültig und führte in der Praxis zu wichtigen Erfolgen. Nun steht eine Fortschreibung an.

www.deutscher-verband.org



Es reicht nicht, einen gut formulierten Papiertiger zu verabschieden, so Jonas Scholze.

Deutschland hat von der Leipzig Charta in besonderer Weise profitiert – nicht nur, weil diese unter deutscher Ratspräsidentschaft geschrieben wurde, sondern auch, weil sie die nationale Stadtentwicklungspolitik mitbegründete. Heute stehen die Städte und Gemeinden Europas allerdings vor veränderten technischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen; die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung sind andere als noch vor gut elf Jahren. Damit ist ein Update des Leitdokuments notwendig geworden. Dies erkannte bereits die Vorgängerregierung. Schon die damalige Bauministerin Barbara Hendricks kündigte an, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 genutzt werden solle, um eine Fortschreibung der Leipzig Charta zu erarbeiten. Entsprechend hoch ist die Erwartungshaltung auf EU-Ebene.

Europa ist Vielfalt – wozu brauchen wir dann die Einigung auf gemeinsame Leitlinien einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik? Seit 2007 hat sich viel getan. Auf globaler Ebene bilden die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen von 2015 und das Pariser Klimaschutzabkommen aus dem Jahr 2016 wichtige Zielsetzungen. Vor allem aber der Pakt von Amsterdam mit seiner EU-Städteagenda hat die städtische Dimension von Politik seit 2016 auf europäischer Ebene wesentlich stärker in den Fokus gerückt.

UNTERSCHIEDLICHE EINKOMMEN Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 haben sich die Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den Bürgern in den EU-Mitgliedstaaten dauerhaft verschoben. Eine Folge davon ist der verstärkte Ruf nach einer gerechten Wohn- und Bodenpolitik in den Großstädten. Erhöhte EU-Grenzwerte für den Ausstoß von Stickoxiden, Verpflichtungen zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes, „Dieselgate“ und innerstädtische Fahrverbote bestimmen heute die urbane Mobilitätspolitik. Nicht zuletzt stellt die Zuwanderung die Kommunen vor große Integrationsaufgaben. Überlagert wird dies durch zwei Megatrends: den demographischen Wandel und die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche, die beide tiefgreifende städtische und räumliche Transformationsprozesse auslösen.

Nachhaltige Stadtentwicklung kann heute nicht mehr nur innerhalb der Stadtgrenzen gedacht werden. Denn neue Lösungsmodelle für eine nachhaltige Mobilität und Energieversorgung reichen weit in die stadregionale Ebene hinein. Umso mehr muss eine neue Leipzig Charta mit der überörtlichen, ausgleichsorientierten Raumentwicklungspolitik verschränkt werden, wie sie in der Territorialen Agenda der EU formuliert ist. Wie die Leipzig Charta soll auch sie nun aktualisiert werden.

CHANCE FÜR DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT Angesichts dieser Bandbreite an Themen ist die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ein günstiger Zeitpunkt, um erneut in den Dialog zu treten. Wenn sich die Minister 2020 auf gemeinsame Leitlinien der nachhaltigen Stadt- und Raumentwicklung einigen, müssen sie dies jedoch unter einer Prämisse tun: Es reicht nicht aus, einen gut formulierten „Papiertiger“ zu verabschieden. Vielmehr muss dieses Mal auch die Weiterführung des Paktes von Amsterdam mitgedacht werden. Ziel dabei sollte sein, EU-Fachpolitiken so zu gestalten, dass sie eine nachhaltige Entwicklung konstruktiv unterstützen. Gleichzeitig gilt es, die Ein- oder Weiterführung nationaler Stadt- und Raumentwicklungspolitik zu forcieren. Nur mit diesen operativen Komponenten kann eine wirkungsvolle Umsetzung der neuen Leipzig Charta und der überarbeiteten Territorialen Agenda gewährleistet werden. «

Jonas Scholze, Leiter EU-Büro des Deutschen Verbandes